

Decentering Climate Change: Aushandlungen um Klimawandel und Migration in Europa und Ozeanien

Johannes Herbeck, Silja Klepp

Das Forschungszentrum Nachhaltigkeit ist eine Zentrale Wissenschaftliche Einrichtung der Universität Bremen. Es wurde 1989 zunächst als Forschungszentrum Arbeit und Technik (artec) gegründet. Seit Mitte der 90er Jahre werden Umweltprobleme und Umweltnormen in die artec-Forschung integriert. Das Forschungszentrum bündelt heute ein multi-disziplinäres Spektrum von – vorwiegend sozialwissenschaftlichen – Kompetenzen auf dem Gebiet der Nachhaltigkeitsforschung. „artec“ wird nach wie vor als ein Teil der Institutsbezeichnung beibehalten.

Das Forschungszentrum Nachhaltigkeit gibt in seiner Schriftenreihe „artec-paper“ in loser Folge Aufsätze und Vorträge von MitarbeiterInnen sowie ausgewählte Arbeitspapiere und Berichte von durchgeführten Forschungsprojekten heraus.

Impressum

Herausgeber:

Universität Bremen
artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit
Postfach 33 04 40
28334 Bremen
Tel.: 0421 218 61800
Fax.: 0421 218 98 61800
Web: www.uni-bremen.de/artec

Kontakt:

Andrea Meier
E-Mail: andrea.meier@artec.uni-bremen.de

Decentering Climate Change: Aushandlungen um Klimawandel und Migration in Europa und Ozeanien

Johannes Herbeck, Silja Klepp

Einleitung

Die Debatten um Klimawandel und Migration sind untrennbar verbunden mit Kontroversen um soziale, politische, ökonomische und ökologische Ungleichheiten in den Nord-Süd-Beziehungen. In den Forschungen zu Verlauf und sozialen Auswirkungen des Klimawandels zeichnen sich dabei derzeit Entwicklungen ab, die diese Differenzen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern weiter verstärken (OECD 2009). Im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen spielen vor allem die unterschiedliche Betroffenheit von den Folgen des Klimawandels und die Verantwortlichkeiten für den anthropogenen Klimawandel eine Rolle. Der historisch hohe Ausstoß von Treibhausgasen in den Industrieländern und die damit zusammenhängende Verantwortung für den Klimawandel werden in der Klimarahmenkonvention als „gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortlichkeit“ angesprochen. Dies hat bisher jedoch keine weitreichende Übernahme von Verantwortung für Umweltveränderungen auf Seiten der Industrieländer im Rahmen eines angenommenen Klimawandels oder politische Zugeständnisse gebracht (Dietz 2009: 189). Es sind vielmehr die globalen Machtstrukturen selbst, die die Verhandlungen um „gerechte“ Klimaziele und die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel so schwierig machen (Parks und Roberts 2010). Die „multidimensionalen Ungleichheiten“, die Dietz im Zusammenhang mit den Folgen des Klimawandels und den globalen Nord-Süd-Beziehungen anspricht (ebd.: 186), gelten dabei für sogenannte Entwicklungsländer wie die Republik Kiribati, einem Inselstaat im Pazifikraum, in besonderer Weise: wie auch andere Länder, beispielsweise Bangladesch oder die Malediven, tragen sie eine geringe Verantwortung für den anthropogen verursachten Klimawandel auf Grund von begrenzten Pro-Kopf-Emissionen, sind aber von dessen Folgen in Form von heutigen und zukünftig erwarteten Umweltveränderungen stark betroffen (Mimura u.a. 2007: 687 ff.).

In den Debatten um Klimawandel und Migration wird die politische Brisanz des Themas Klimagerechtigkeit besonders deutlich. Länder wie die Republik Kiribati, die vor allem medial als erste „Opfer“ des Klimawandels wahrgenommen werden (Farbotko 2012) und die künftige Unbewohnbarkeit ihres Staatsgebiets annehmen müssen, fordern bei der Suche nach langfristigen, angemessenen Perspektiven für heutige und kommende Klima- und UmweltmigrantInnen globale und regionale Solidarität über nationale Grenzen hinweg. Diese Aushandlungsprozesse sind eine neue, wichtige Arena, in der Kämpfe um ökologische und post-

koloniale Gerechtigkeit in den Nord-Süd-Beziehungen ausgetragen und neue Rechte und Anerkennung eingefordert werden.

Ausgehend von einer kritischen Auseinandersetzung mit aktuellen Argumentationslinien und theoretischen Konzepten im Forschungsfeld Umwelt- und Klimamigration zeigt unser Beitrag auf, welche Argumente in der Behandlung des Themas einerseits innerhalb der EU und andererseits in Kiribati und Ozeanien eine Rolle spielen und wo die Konfliktlinien verlaufen. Die im ersten Teil des Artikels untersuchten einschlägigen Positions- und Strategiepapiere aus verschiedenen EU-Institutionen lassen dabei einen Umgang erkennen, der durch eine entwicklungspolitisch-humanitäre Rahmung des Themas eine angemessene Politisierung erschwert. Der wichtige Punkt der Klimagerechtigkeit, der von den Ländern des globalen Südens und weiteren AkteurInnen immer wieder in die Debatte eingebracht wird, wird damit weitgehend ausgeklammert. Daneben lässt sich auch eine Tendenz feststellen, ein sicherheitspolitisch argumentierendes *framing* von Klimawandel und Migration innerhalb der EU voranzutreiben, das wenig Solidarität mit den vom Klimawandel betroffenen Ländern und Menschen erwarten lässt.

Im zweiten Teil unseres Beitrags sollen den Debatten in der EU Aushandlungsprozesse um Klimawandel und Migration im Pazifikraum gegenübergestellt werden. Ziel ist es dabei, die Debatten in zwei unterschiedlichen Aushandlungsarenen zu kontrastieren, ohne eine direkte Vergleichbarkeit der beiden Diskurse anzustreben. Insbesondere ist uns bewusst, dass die Debatten in den Regionen von höchst unterschiedlichen AkteurInnen vorangetrieben wurden und entsprechend konträre Zielsetzungen mit deren Positionierungen verbunden sind.

Entsprechend des *Decentering*-Motivs des vorliegenden Buches möchten wir dabei, angelehnt an die von de Sousa Santos und Rodríguez (2005) eingeführte *sociology of emergence*, eine *legal anthropology of emergence* vorstellen. Sie beschreibt, auch rekurrierend auf Ansätze des *legal pluralism* und die Debatte um den Emergenz-Begriff in der Sozialanthropologie, Rechtsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse, die im Kontext des Klimawandels an Komplexität gewonnen haben und vor allem vom globalen Süden ausgehen. Eine besondere Rolle spielt dabei die Rezeption und Interpretation der Diskurse um den Klimawandel vor Ort – eine Leerstelle in der ethnologischen Klimawandelforschung, die von Rudiak-Gould (2011) moniert wird, der den bisher hauptsächlich verfolgten Ansatz, die Wahrnehmung von klimawandel-induzierten Umweltveränderungen lokal zu untersuchen, als verkürzt kritisiert. Die *legal anthropology of emergence* erweitert dabei die gängige Lesart transnationaler Rechtsbildungsprozesse, deren Zentren oftmals im globalen Norden verortet werden und berücksichtigt auch informelle AkteurInnen und Foren, wo Rechte und Ressourcen verhandelt werden.

Neben einer Dezentrierung der Analyse von Rechtsbildungsprozessen, die, wie sich in unserem Artikel zeigt, die Aushandlung neuer Rechte eher im globalen Süden erwarten lässt, geht es uns zudem darum, den Fokus in den Diskursen und Forschungen zu den Folgen des Klimawandels zu verschieben: Gegenstand dieser meist sehr technisch geführten Debatten sind heute oftmals *geographic objects* (Barnett und Campbell 2010: 2) wie Küstenlinien und Statistiken über Meeresspiegelanstieg und Niederschlagsmengen. Auch auf Grund der Dominanz naturwissenschaftlicher ExpertInnenmeinungen in den Anpassungsdebatten werden kulturelle und soziale Fragen häufig ausgeblendet. Auch politische und ethische Aspekte, vor allem dem Thema immanente Gesichtspunkte der Klimagerechtigkeit, werden in den Forschungen und Debatten vernachlässigt (vgl. Barnett und Campbell 2010). Eine Dezentrierung und Repolitisierung der Debatten könnte den politischen Charakter der Gegenstände der Klimaanpassungsforschung erkennbar machen und die Verhandlungen um die Eindämmung des Klimawandels und um eine „gerechte“ Verteilung der Anpassungskosten erleichtern (vgl. Parks und Roberts 2010). Im zweiten Teil soll zudem den Forderungen nach einer stärkeren Wahrnehmung und Untersuchung der Bedürfnisse der vom Klimawandel betroffenen Communities nachgegangen werden (Crate und Nuttall 2009: 14). Auch zu diesem dezentrierten Forschungszugang kann die Ethnologie als Erfahrungswissenschaft einen wertvollen Beitrag leisten.

Kritische Perspektiven auf das Forschungsfeld Umweltmigration

Während der Begriff des „environmental refugee“ das erste Mal bereits in den 1970er Jahren von Lester Brown vom World Watch Institute verwendet wurde (Boano u.a. 2008), wird der Beginn einer breiteren Debatte zu Klimaflucht, oder weiter gefasst, zu Umweltmigration meist Mitte der 1980er Jahre angesetzt. 1985 wurde der Begriff das erste Mal in einer UN-Veröffentlichung aufgegriffen und dadurch in einem breiteren Kontext popularisiert (El-Hinnawi 1985; zit. nach Bates 2002). Zu Beginn der 1990er Jahre beschrieb der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)¹ den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration als möglicherweise „(...) the most threatening short-term effects of climate change on human settlements.“ (Rouviere u.a. 1990: 5-9). Während bis dahin eine Vielzahl der Debattenbeiträge ihren Ursprung im Umfeld großer inter- und transnationaler Organisationen hatten², zog die Diskussion in der Folge weitere Kreise und wurde zunehmend auch in akademischen Diskursen aufgegriffen. In der Folge entstanden verschiedene Diskussions-

¹ Der IPCC ist eine im Jahr 1988 gemeinsam von der World Meteorological Organization (WMO) und dem United Nations Environmental Program (UNEP) gegründete zwischenstaatliche Einrichtung, die heute eine zentrale Rolle in der internationalen Klimaforschung und -politik einnimmt. Auf Grund seiner Scharnierfunktion wurde der IPCC verschiedentlich als „hybrid“ oder „boundary organization“ beschrieben (vgl. Miller 2001; Poloni 2009), die sowohl die wissenschaftlichen als auch die politischen Debatten zum Klimawandel entscheidend beeinflusst.

² Bis heute ist der Diskurs stark von diesen AkteurlInnenn mitbeeinflusst. In den letzten Jahren hat sich insbesondere die International Organization for Migration beständig in die internationalen Debatten eingebracht und z.B. versucht, eine allgemein gültige Definition von „environmentally-induced migration“ zu etablieren.

stränge, etwa zu Fragen der möglichen Klassifizierung unterschiedlicher Typen von UmweltmigrantInnen (Bates 2002; Biermann 2001; Jakobeit und Methmann 2007: 8 ff.), des zu erwartenden Ausmaßes des Phänomens (Christian Aid 2007; Myers 1997; 2002), und zur möglichen völkerrechtlichen Ausgestaltung eines Schutzmechanismus für Umweltflüchtlinge (Ammer u.a. 2010; Docherty und Giannini 2009). Die deutlichste übergreifende Bruchlinie ist bis heute die Unterscheidung zwischen Migrationen, die durch abrupt auftretende Extremereignisse ausgelöst werden und solchen, deren Ursachen eher in schleichenden Veränderungen der Umwelt gesucht werden. Während im ersten Fall ein klar identifizierbares, wenn auch nicht eindeutig dem Klimawandel zuordenbares Ereignis (Sturm, Überflutung, etc.) zu schnell auftretender, häufig eher temporärer und regionaler Migrationsbewegung führen kann, stellt sich der zweite Zusammenhang (Migration in Folge von zunehmender Trockenheit etc.) als wesentlich komplexer dar. Auch hier ist die Abgrenzung und Zuordnung von Veränderungen auf Grund des anthropogenen Klimawandels schwierig und oft nicht eindeutig.

Viele der einzelnen Diskussionsstränge wurden selbst kontrovers diskutiert; darüber hinaus wurde jedoch viel grundlegender die Frage gestellt, wie denn nun genau Umweltveränderungen auf das Migrationsgeschehen einwirken und ob es überhaupt sinnvoll sei, Umweltfragen in den Fokus der Erklärung von Migrationsbewegungen zu stellen. Diese grundsätzliche Kritik begleitet die Diskussion seit ihren Anfängen und taucht unter anderem prominent in einer vom United Nation High Commissioners on Refugees (UNHCR) in Auftrag gegebene Studie auf, die konstatiert, der Begriff des Umweltflüchtlings sei "(...) unhelpful and unsound intellectually, and unnecessary in practical terms." (Black 2001: 1). Der Vorwurf besteht insbesondere darin, dass eine Reduktion auf Umweltfaktoren in der Erklärung von Migration das komplexe Zusammenspiel unterschiedlichster Faktoren kultureller, politischer, sozialer, wie ökonomischer Natur verkennt, das Migrationsentscheidungen zugrunde liegt. In der Regel ist es weder möglich noch zielführend, einzelne Dimensionen isoliert von anderen zu betrachten. Empirisch wurde dennoch immer wieder versucht, die Stärke des Einflusses von Umweltveränderung auf das Migrationsgeschehen zu quantifizieren, mit höchst unterschiedlichen Ergebnissen. Eine Reihe von Studien scheint einen grundsätzlichen Zusammenhang zu bestätigen, jedoch wird dieser in den allermeisten Fällen in andere Kontextvariablen eingebettet, die über das Gewicht der Veränderungen für Migrationsentscheidungen mitbestimmen. Der größere Teil der Studien zum Thema schließt jedoch, dass die Kategorie „Umwelt“ in der Erklärung von Migration einen eher eingeschränkten Erklärungswert hat. Eine Metaanalyse unterschiedlichster Fallstudien aus dem Sahel kommt etwa zu der Schlussfolgerung, dass generalisierende Aussagen zum Zusammenhang zwischen Dürre und Migration nicht getroffen werden können und somit „Umweltveränderung“ als erklärender Faktor kaum haltbar ist:

„(...) it appears whether and how migration is associated with environmental change depends upon the wider context, that is, the entire set of factors affecting migration. It is therefore unlikely that a general theory will emerge which can predict people's movements in response to environmental change.“ (Jónsson 2010: 29).

Insgesamt darf unserer Ansicht nach die grundsätzliche Sinnhaftigkeit der deutlichen Dichotomisierung von Umwelt und Gesellschaft, die in der Vorstellung von Umweltveränderung als Migrationspush mitklingt (vgl. etwa Nicholson 2011), bezweifelt werden. Die Rhetorik von Klimaflucht, häufig auch zusammengedacht mit gewaltsamen Konflikten, verkürzt oder überdeckt strukturelle, politische und soziale „root causes“ sowohl von Umweltdegradation selbst, als auch von Flucht und Migration. Insbesondere in Hinblick auf schleichende Veränderungen der Umwelt (z.B. Bodenverarmung und Desertifikation), und damit zusammenhängenden, vermuteten Auswirkungen auf das Migrationsgeschehen spricht Hartmann (2010) von einem „degradation narrative“, das den Szenarien zugrunde liege und sich alter kolonialer Stereotype von destruktiven Anbaupraxisen, Bevölkerungsexplosion und nachgelagerten Konflikt- und Migrationsszenarien in der Dritten Welt bediene.

Auch wenn es deutliche Unterschiede innerhalb der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Umwelt-Migrations-Nexus gibt, kann die Rhetorik von Umweltmigration als diskursiver Wegbereiter einer neuen „Abhängigkeit“ von Migrationsbewegungen interpretiert werden. Entgegen Versuchen, Migration als unabhängig(er) von strukturellen, ökonomischen Rahmenbedingungen und eher als soziale Bewegung oder kreative Kraft innerhalb eines globalisierten ökonomischen Systems zu konzipieren, wie etwa im Ansatz der „Autonomie der Migration“ (Andrijasevic u.a. 2005; Mezzadra 2004, 2007; Moulier Boutang 2007; Tsianos 2007), erhalten Strukturbedingungen hier eine quasi zwingende Relevanz. Wesentlich stärker als zuvor wird Migration als etwas Unausweichliches konzipiert, das relativ unabhängig ist von freier Willensentscheidung der MigrantInnen und folglich auch kein emanzipatorisches Potential besitzt. Angesichts der simplifizierenden Konzeptualisierung von Migrationsentscheidungen in vielen Debattenbeiträge ist die Diskussion in unseren Augen geeignet, Fortschritte in der Theoretisierung von Migration, die in den letzten Jahren vermehrt auf die facettenreichen Wirkungszusammenhänge zwischen individuellen Handlungsspielräumen und Struktur Faktoren hinweisen, zu unterminieren. Weiterhin erscheinen auch nachgelagerte Probleme, etwa in Hinblick auf sich verschärfende Konfliktsituationen, als logisch folgende Höhepunkte einer sich konsequent zuspitzenden Situation des Ausnahmezustandes. Auch in Veröffentlichungen, die einer direkten Kausalität eher skeptisch gegenüberstehen, werden relativ unreflektiert neomalthusianische Zusammenhänge zwischen Bevölkerungswachstum, Umweltveränderung, Migration und Konflikt hergestellt, die in apokalyptisch anmutenden Szenarien kulminieren:

“(...) the makings of a perfect storm are in place: human population numbers are growing fastest in the very regions where the physical risks of climate change are most likely to undermine livelihoods and stimulate migration. (...) hundreds of millions of people on the move and fragile states tipping into climate change-induced conflict are within the realm of possibility (...)” (McLeman 2011: 12)

AutorInnen wie Gupta (2009), Hartmann (2010) oder Herbeck und Flitner (2010) argumentieren daher, dass die Rede von Migrationen als Folge klimatischer Veränderungen ein nicht unwesentlicher Teil eines größeren sicherheitspolitischen Dispositivs sind, das den Klimawandel zunehmend als Bedrohung für die nationalstaatliche Sicherheit darstellt. In Bezug auf die Darstellung potentieller Migrations-„Ströme“ aus Asien in der politischen Debatte in Australien beschreiben etwa Chaturvedi und Doyle:

“The new cartographies of climate change as a ‘threat multiplier’ are ably supported by the geographical imaginations of rising ocean water levels, droughts, ‘violent’ weather, ‘ruined’ national economies, climate refugees and vague assumptions of automatic processes and metaphors borrowed from other fields such as ‘spillover’, ‘contagion’, ‘diffusion’ etc. These imagined cartographies (...) give rise to cartographic anxieties about safeguarding boundaries (...) in the wake of allegedly threatening flows (...) unleashed by the unfolding climate change.” (Chaturvedi und Doyle 2010: 96)

Hier schließt auch die Frage an, was angesichts eines aufgebauten Bedrohungsszenarios mit der Schaffung eines neuen Flüchtlingsstatus, der sich aus der Betroffenheit von Individuen oder Gruppen von Umweltveränderungen ableiten ließe, gewonnen sein könnte. Die Erfolgsaussichten einer völkerrechtlichen Verankerung eines entsprechenden Schutzstatus, etwa in Form einer neu zu schaffenden Umweltflüchtlingskonvention, werden angesichts des aktuellen Umgangs mit Konventionsflüchtlingen in den Ländern des globalen Nordens (vgl. Klepp 2011, Transit Migration Forschungsgruppe 2007) eher kritisch gesehen. Anknüpfend an Agambens Überlegungen zum Ausnahmezustand stellt etwa Oels (2010) den Wert einer neu zu schaffenden Kategorie infrage:

“(...) even those lucky enough to be included in the definition might be confronted with a state of exception that denies them recognition as refugees and the related set of rights in practice. (...) even if refugees are lucky enough to be moved under the protection of a host country, they are likely to be offered charity but not rights enforcement as refugee management is usually carried out in a state of exception.” (Oels 2010: 7)

Die bisherigen Auseinandersetzungen mit dem Umwelt-Migrations-Nexus werden unserer Ansicht nach den komplexen Realitäten des globalen Migrationsgeschehens wenig gerecht. Sie sind im Allgemeinen gekennzeichnet durch eine mangelnde theoretische Trennschärfe und durch eine Nichtberücksichtigung neuerer Strömungen in der Migrationsforschung. Zudem sind sie geeignet, sicherheitspolitische Reflexe durch politische AkteurInnen in den Einwanderungsgesellschaften der OECD-Welt auszulösen, wobei bei einigen Publikationen (z. B. Welzer 2008) der Eindruck entsteht, dass sich die ForscherInnen durch den Entwurf immer düstererer Szenarien genau diesen AkteurInnen empfehlen möchten. Eine angemessene Einbettung und Analyse wird auch in Hinblick auf die bereits genannten „multidimensionalen Ungleichheiten“ und das Thema Klimagerechtigkeit zumeist nicht geleistet. Wie sich im Folgenden zeigt, sollten diese Themenfelder und die Handlungslogiken und Interessen der verschiedenen AkteurInnen jedoch nicht getrennt betrachtet werden.

Die Europäische Union und Umweltmigration

Auch wenn sich die Europäische Union dem Thema der Umwelt- oder Klimamigration bislang eher als „niche concern“ (Somerville 2011: 14) annimmt, taucht die Debatte doch seit einigen Jahren in verschiedenen politischen Prozessen und Institutionen der EU auf. Unter dem Eindruck der seit Jahren in Politik und Medien problematisierten Flüchtlingsthematik im Mittelmeer äußern zugleich einzelne Mitgliedsstaaten, aber auch die Union im Ganzen ein starkes Interesse, Zuwanderung effektiv zu kontrollieren und „legale“ Migration zu „managen“. Im Zuge der 2010 im Stockholmer Programm weiter konkretisierten, zunehmenden Vereinheitlichung der Justiz- und Innenpolitik der EU-Staaten (European Council 2010), und einer damit verbundenen Harmonisierung des europäischen Migrations- und Asylrechts gewinnen entsprechende Entscheidungen auf europäischer Ebene zunehmend an Relevanz für den Umgang der EU-Staaten mit der Flüchtlingsfrage³. Im „Global Approach to Migration and Mobility“⁴, der sich insbesondere den externen Dimensionen einer gemeinsamen Migrationspolitik widmet, nennt die Kommission als grundsätzliche Ziele die Organisation und Erleichterung legaler Migration und Mobilität, die Eindämmung irregulärer Migration und des Menschenmuggels, die Beförderung internationalen Schutzes für Flüchtlinge und eine entsprechende Stärkung externer Dimensionen europäischer Asylpolitik sowie die Maximierung des Nutzes von Migration für die globale Entwicklung (European Commission 2011a: 7). Hier wird schnell klar, warum die EU-Migrationspolitik das ideale Forschungsfeld für die Frage

³ Andrijasevic u.a. (2005) weisen darauf hin, dass mit dieser Europäisierung der Migrations- und Asylpolitik nicht nur eine zunehmende Harmonisierung innerhalb der EU und eine Ausdehnung entsprechender Politiken über das EU-Territorium hinaus verbunden ist, sondern auch eine „Transformation im Modus des Politischen“ (ebd. 348) hin zu einer zunehmenden Informalisierung politischer Entscheidungsprozesse und Praxen.

⁴ Der „Global Approach on Migration and Mobility“ ist ein 2005 von der Europäischen Kommission aufgelegtes, seitdem ständig weiterentwickeltes Programm, das insbesondere zum Ziel hat, die Migrationspolitik der EU stärker mit der Außenpolitik zu verzahnen. Charakteristisch ist hierbei die enge Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern, mit denen Dialogstrukturen und operationale Kooperationen im Bereich Migration und Mobilität aufgebaut und verstärkt werden sollen (European Commission 2011a).

nach einer im wörtlichen Sinne dezentrierten Politik der Europäischen Union darstellt: einen großen Teil der für die Erreichung der Ziele notwendigen politischen Akte bilden exterritorial angelegte und durchgeführte Maßnahmen, für die Drittstaaten rekrutiert und als implementierende Partner gewonnen werden müssen. Diese neuen Perspektiven der Kommission auf eine so bezeichnete „ganzheitliche“ Migrationspolitik und der damit verbundene „Root Causes Approach“ zur Verhinderung unerwünschter Migration in potentiellen Ursprungsregionen sind verschiedentlich äußerst kritisch bewertet worden (Gassner 2010; Hyndman und Mountz 2008; Lavenex und UçArer 2004).

Wo nun kommt genau die Debatte zu Umweltveränderung und Migration ins Spiel? Zunächst einmal scheint klar, dass ein prognostiziertes „Anschwellen“ der Flüchtlings- und Migrations-„Ströme“ im Zuge des globalen Klimawandels die beschriebenen politischen Zielsetzungen und Anstrengungen der Union unterwandern und die bestehenden Institutionen überfordern könnte (wenn man denn den Zahlenspielen der *doomsday prophecies* Glauben schenkt). Grundsätzlich lassen sich zwei gegensätzliche Reaktionen auf diese Entwicklung beobachten: zum einen wird die Chance gesehen, über eine Anerkennung von Umweltveränderung als Migrationsursache inkludierende Elemente der europäischen Migrationspolitik zu stärken. Hier wird die Debatte um Klima- und Umweltmigration als *window of opportunity* begriffen, die Rechte von MigrantInnen zu stärken, die historische Verantwortlichkeit der europäischen Staaten für den globalen Klimawandel und seine sozialen Folgen anzuerkennen und somit einen entscheidenden Beitrag für die eingeforderte Klimagerechtigkeit zu leisten (vgl. etwa de Moor und Cliquet 2009; Kolmannskog und Myrstad 2009; Schmedding 2011; Westra 2009). In einer weniger optimistischen Sicht könnte die Debatte zu Umweltmigration ein weiterer Ziegelstein für die Mauer um die Festung Europa sein, die den exkludierenden Charakter europäischer Flüchtlings- und Migrationspolitik festigt und der Etablierung und Fortführung von restriktiven Grenzpraktiken in die Hände spielt. Denn wer ist schon bereit, die prognostizierte „neue Milliarde“ von Flüchtlingen in die europäischen Gesellschaften aufzunehmen? Der folgende Abschnitt begibt sich auf Spurensuche in europäischer Politik und zeigt auf, in welche Richtung die Debatte zu Umweltmigration die europäische Migrationspolitik bewegt.

Unserer Einschätzung nach lassen sich auf EU-Ebene vier politische Prozesse identifizieren, in denen die Debatte deutlich Spuren hinterlassen hat:

- in Einzelinitiativen von EU-ParlamentarierInnen und Nichtregierungsorganisationen zur Verankerung eines Schutzstatus für Umwelt- und Klimaflüchtlinge,
- in dem bereits beschriebenen Entwurf eines „Global Approach to Migration and Mobility“ der EU-Kommission,

- in Prozessen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit,
- sowie in einer breiteren Debatte zu den Sicherheitsimplikationen des Klimawandels, die ebenfalls im Wesentlichen von Mitgliedern der Kommission angestoßen wurde.

Einzelinitiativen zur Verankerung eines Schutzstatus für Umwelt- und Klimaflüchtlingen

Bereits Anfang der 2000er Jahre gab es erste Anstrengungen, das Thema Umwelt- oder Klimaflucht in europäischem Recht zu verankern. Allen voran begann eine britische Abgeordnete der europäischen Grünen, Jean Lambert, Lobbyarbeit zugunsten einer Anerkennung von Umweltveränderung und Klimawandel als legitimer Ursache von Flucht und Migration durch die Europäische Union zu betreiben. In einem Report von 2002 beschreibt sie ausführlich die Debatte zu Umweltmigration und ergreift klar Partei für einen offiziellen Schutzstatus:

“(...) if we do not officially recognise that there is such a person as an ‘environmental refugee’, no one is going to take responsibility for the people affected. If they are identified as ‘refugees’, host nations have responsibilities for their well being and they have access to greater rights.” (Lambert 2002: 5)

2008 organisierte die Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament eine Konferenz, die diesen Forderungen Nachdruck verlieh und insbesondere verlangte, eine hoch angesiedelte Arbeitsgruppe zum Thema Schutz von Rechten und kulturellen Besonderheiten potentieller Vertriebener einzurichten (The Greens/EFA Group 2008). In jüngster Zeit gab es zudem die Initiative der belgischen NGO „Pimpampoentje Climate and Peace Action Group“, über eine Petition an das Europäische Parlament die EU zur offiziellen Anerkennung der Kategorie des „climate refugee“ zu bewegen und einen entsprechenden Schutzstatus rechtlich zu verankern (Committee on Petitions of the European Parliament 2011).

In allen diesen Fällen zielte das Engagement in erster Linie darauf ab, eine primär humanitäre Reaktion auf möglicherweise vermehrt auftretende Krisensituationen zu erlauben und die Rechte potentieller Vertriebener juristisch zu verankern. Zwar werden auch weitergehende Forderungen formuliert, wie etwa nach einer konsequenteren Emissionsverminderung und einer Stärkung von Anpassungsmaßnahmen in betroffenen Regionen, jedoch liegt das Hauptaugenmerk auf der Schaffung einer neuen Schutzkategorie für „Klimaflüchtlinge“.

Der „Global Approach to Migration and Mobility“ der Europäischen Kommission

Auf einem Treffen im Dezember 2005 verabschiedete der Europäische Rat die Vorlage der Europäischen Kommission zu einem „Global Approach to Migration and Mobility“ (GAMM), der zu diesem Zeitpunkt im Wesentlichen darauf abhob, Kontakte insbesondere zu den afrikanischen Mittelmeeranrainern zu intensivieren und für ein gemeinsames Migrations-

„Management“ zu gewinnen. Speziell sollte in diesen Partnerschaften ein gemeinschaftlich implementierter Ansatz „illegale“ Migrationen eindämmen und die positiven Effekte „legaler“ Migration besser nutzbar machen (Council of the European Union 2006), die Zuständigkeiten also tendenziell aus der Europäischen Union auslagern. Diese Exterritorialisierung von Migrationseindämmung ist insbesondere in Hinblick auf die Wahrung der Flüchtlings- und Menschenrechte kritisiert worden (Klepp 2010). Gleichzeitig ist auch der zugrundeliegende Ansatz des Migrationsmanagements als „Versuch der migrationspolitischen Absicherung des globalen neoliberalen Akkumulationsregimes“ (Georgi 2009: 83) bezeichnet worden. Bis heute stellt der GAMM dennoch den wesentlichen Zugang der Europäischen Union zu den als extern definierten Dimensionen der Migrationsfrage im Mittelmeerraum dar. Die Debatte zu Umwelt- oder Klimamigration findet relativ zögerlich und erst in den jüngeren Vergangenheit Eingang in die konkrete Ausgestaltung des Ansatzes. Im Stockholmer Programm von 2010 verlangte der Europäische Rat, die Verbindungen zwischen Klimawandel, Migration und Entwicklung genauer zu erforschen und forderte die Kommission auf, „(...) to present an analysis of the effects of climate change on international migration, including its potential effects on immigration to the Union.“ (European Council 2010: 29)

In einer neueren Stellungnahme bestätigt die Kommission, dass Umweltmigration als Teil des GAMM betrachtet wird (European Commission 2011a: 7). Ein begleitendes Arbeitspapier beschreibt zum einen mögliche „destabilisierende Effekte“ dieser Migrationen für Frieden und Stabilität in betroffenen Ländern und betont zum anderen die negativen Auswirkungen auf Grundbedürfnisse der MigrantInnen, wie zum Beispiel

“the loss of housing, land, property, resilience to adverse impacts of climate change, and a healthy environment, and to re-establish livelihoods and promote access to public services such as health and education.” (European Commission 2011b)

Ganz im Sinne einer geforderten zunehmenden Konvergenz von Migrations- und Entwicklungspolitik der Union im GAMM wurde das Thema erkennbar stärker Fragen der Entwicklungszusammenarbeit zugeordnet und damit wiederum den als extern definierten Bereichen der Anpassung an den Klimawandel. Dazu passt auch, dass eine für Ende 2011 geplante ausführliche Expertise, die eben gerade auch Implikationen für die Einwanderung in das Gebiet der Union eruieren sollte, nun erst 2013 in einem Bündel mit weiteren Stellungnahmen zur Klimaanpassungspolitik der EU veröffentlicht wird.⁵ Den Problemen soll in dieser Perspektive offensichtlich primär vor Ort begegnet werden und betroffene Personen insbesondere durch Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit in der Fortsetzung ihrer lokalen Le-

⁵ Neben dem *Directorate General (DG) Home Affairs* sind auch die DGs *Development and Cooperation* und *Climate Action* der EU-Kommission in die Erarbeitung der Analyse involviert (persönliche Auskunft einer Mitarbeiterin des DG *Home-Affairs* vom 01.03.2012 an Johannes Herbeck).

bensstrategien unterstützt werden, ohne dass sich hier konkrete Aufnahmeszenarien anschließen.

Die Europäische Entwicklungszusammenarbeit

Auch in Politikprozessen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit finden sich Spuren des Diskurses über Umwelt- und Klimaflüchtlinge. Schon 2003 wies die Kommission auf die Möglichkeit zunehmender Migrationsbewegungen insbesondere im Kontext des Meeresspiegelanstieges hin und verortete entsprechende Hot-Spots in Ländern Süd- und Südost-Asiens und Subsahara-Afrikas (European Commission 2003). Bis heute scheint die Debatte in verschiedenen Dokumenten auf, meist ohne dass konkrete Maßnahmen abgeleitet werden. Eher, so der Eindruck, bilden Fragen der Umweltmigration einen willkommenen „Eye-Catcher“, der die Brisanz des globalen Klimawandels veranschaulicht, während Maßnahmen, etwa im Programm *„Cooperation with Third Countries in the Areas of Migration and Asylum“*, das unter Federführung des DG *Development and Cooperation* durchgeführt wird, appellhaft und wenig spezifisch bleiben:

“People may have to move in the near future as a result of higher sea levels, higher temperatures and scarcity of fresh water. [...] The Thematic Programme will therefore support initiatives addressing climate change induced migratory flows, in particular in the countries and regions most concerned by such phenomenon.”(EU Directorate-General on Development and Cooperation 2010: 27f.)

Aufschlussreicher ist hier eine kürzlich veröffentlichte, von der Kommission finanzierte Studie, deren Ergebnisse sich die Kommission allerdings bislang nicht in offiziellen Statements zu Eigen gemacht hat. Im Fazit heißt es dort:

„For the near term, palliative actions such as humanitarian assistance and small-scale relocation seem much more likely than long-term preventive and adaptive action. (...) The time horizon of major policy change suggests that crises will be dealt with as they arise.” (Newland 2011: 9f.)

Auch wenn die eigentlichen Herausforderungen hier also in längerfristig angelegten Maßnahmen gesehen werden mögen, werden kurzfristige Reaktionen als die wahrscheinlicheren eingeschätzt. Das Thema der Umwelt- oder Klimamigration wird auch hier dem Bereich der lokalen humanitären Nothilfe zugeordnet, die vielsagend als „palliative“ Maßnahme bezeichnet wird, die die grundsätzlichen Problemlagen nicht angeht. Insgesamt zeigt sich auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit eine Tendenz zur zunehmenden Vermischung unterschiedlicher Politikfelder, was insbesondere in der Verbindung mit sicherheitspolitischen

Erwägungen, wie sie etwa von Seiten der Kommission verschiedentlich betont wurden, kritisch betrachtet werden kann:

“The EU is (...) strengthening its analysis and early warning systems and integrating climate change into existing tools such as conflict prevention mechanisms and security sector reform. The effects of climate change on migratory flows should also be considered in the broader EU reflection on security, development and migration policies.” (European Commission 2009)

Sicherheitsimplikationen des Klimawandels

In der Debatte um Umweltmigration verschränken sich verschiedenste Bereiche zu einem Dispositiv sicherheitspolitischer Prägung. Und tatsächlich gehen die bisherigen Debattenbeiträge aus der Exekutive der Europäischen Union in der Hauptsache auf Initiativen von „foreign and security policy actors“ (Somerville 2011: 14) zurück. Auch im Vergleich mit Prozessen in den Vereinten Nationen und der BRD schließen Herbeck und Flitner (2010), dass in der EU am ehesten von einer zunehmenden, allgemeinen „Versicherheitlichung“ des Klimawandels gesprochen werden könne, da dort „(...) dezidiert militärische Perspektiven in der Auseinandersetzung mit dem Klimawandel von höchster Stelle sanktioniert wurden.“ (ebd.: 202). Migration spielt dabei eine untergeordnete, wenngleich wichtige Rolle. Die Auswirkung des Klimawandels auf das Migrationsgeschehen wird als eine von mehreren Konfigurationen konzipiert, durch die der Klimawandel seine destabilisierende Wirkung entfalten und somit die Sicherheit einzelner Mitgliedsstaaten, aber auch der Union im Ganzen gefährden könne:

“Some countries that are extremely vulnerable to climate change are already calling for international recognition of (...) environmentally-induced migration. Such migration may increase conflicts in transit and destination areas. Europe must expect substantially increased migratory pressure.” (EU High Representative and the European Commission 2008: 4)

Entsprechend wird gefordert, die Reaktion auf den Klimawandel nicht auf die klassischen Instrumente internationaler Klimapolitik zu beschränken, sondern die Mitigations- und Adaptationsanstrengungen der EU um Maßnahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu ergänzen (ebd.: 2). Wie eine solche Politik aussehen könnte wird nur knapp skizziert, wobei ein augenfälliger Schwerpunkt auf den Aufbau von Kapazitäten für Frühwarn- und Monitoringsysteme gelegt wird, die etwa satellitengestützte Informationen über sich entwickelnde Krisensituationen, Umweltdegradation und potentielle Migrationsbewegungen liefern könnten. Ein Folgebericht des EU-Außenbeauftragten stützt diese Befunde im Allgemeinen, und lieferte zudem interes-

sante Einblicke über wahrgenommene geographische Schwerpunkte der Sicherheitsrisiken (EU High Representative 2008). Während der erste Bericht noch eine globale Perspektive einnimmt, konzentriert sich der *Follow-Up* auf Afrika (insbesondere auf die Sahel-Region sowie auf einzelne Länder West- und Ostafrikas), den Maghreb und den Nahen Osten, sowie Zentralasien: das Mittelmeer wird als eindeutiger Hotspot der erwarteten Destabilisierungstendenzen konstruiert, mit entsprechenden, obschon unausgesprochenen Implikationen für die europäische Migrationspolitik.

Die Depolitisierung von Klimawandel und Migration in der EU

Die Analyse verschiedener Diskussionsstränge innerhalb der Institutionen der Europäischen Union zeigt, dass bislang weder klar ist, wo das Thema „Umweltmigration“ innerhalb des europäischen Politikbetriebes in Zukunft verortet, noch in welche konkreten Maßnahmen es übersetzt wird. Es scheint jedoch zumindest klar anschlussfähig an die Externalisierungstendenzen europäischer Migrationspolitik und an breitere Diskurse zu Migrationsmanagement, die darauf abzielen, die Bedingungen der Migration in die EU im ökonomischen und sicherheitspolitischen Sinne der Staaten zu bestimmen (Kasperek 2010: 137).

Die Versuche, inkludierende Elemente europäischer Migrationspolitik in „Klimaflucht“-Initiativen einzelner ParlamentarierInnen und NGOs zu stärken⁶, sind bislang von wenig Erfolg gekrönt. Im Gegenteil weicht die EU einer klaren Positionierung auf politisch-rechtlicher Ebene aus, wohl auch, um einen völkerrechtlichen Präzedenzfall zu vermeiden. Stattdessen setzt sie eher auf Einzelfalllösungen, die insbesondere in den Sphären humanitärer Reaktionen auf den Klimawandel und breiteren Entwicklungsdiskursen angesiedelt werden. Auch wenn sich somit eine grundsätzliche Bereitschaft der EU zur Kooperation mit den vom Klimawandel stärker betroffenen Regionen abzeichnet⁷, bleibt in diesen Bereichen zu bezweifeln, ob eine ausgewogene Auseinandersetzung mit dieser neuen Form der selbst (mit)verursachten Migration erfolgt, die dann Fragen der Klimagerechtigkeit in den Vordergrund rücken müsste. Das politische Umfeld, in denen die Diskurse der Union zu Umweltmigration angesiedelt sind und die Dominanz entwicklungs- oder gar sicherheitspolitischer AkteurInnen in den entsprechenden Debatten scheinen eher geeignet, in ihnen die theoretischen Verkürzungen der EU auf neoklassische Push-Pull-Modelle der Migration (Gassner 2010) zu bestätigen und damit der Fortführung eines präventiven Kurses in der europäischen Migrationspolitik, inklusive umstrittener exterritorialer Maßnahmen zur Migrationsabwehr und technokratischer Managementansätze in die Hände zu spielen. Die Überführung des The-

⁶ Auch hier werden exterritoriale Maßnahmen unter EU-Regie und damit zunehmend „dezentrierte“ Migrationspolitiken allerdings nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

⁷ So schreibt Harris (2006: 346f.): "(...) in the context of climate change, the EU has been more forthcoming than other countries with regard to recognizing its responsibilities and rhetorically supporting the equity demands of developing countries. (...) the EU and some of its member states are setting examples and following the principle of common but differentiated responsibility (...)"

mas in eine entwicklungspolitisch-humanitäre Rahmung lagert die Problemlagen geographisch und politisch aus und verhindert gerade jene Politisierung des Diskurses, die den Anschluss an globale Gerechtigkeitsfragen erlauben würde. Die beobachtbare Ausblendung politischer Aspekte durch eine westliche Entwicklungszusammenarbeit, die nach Ferguson (1990) tendenziell als *anti-politics-machine* wirkt, lässt dann die entscheidenden Fragen von regionaler und globaler Verantwortung und Solidarität, sowie historischer und gegenwärtiger Machtbeziehungen und Abhängigkeitsverhältnisse in den Hintergrund rücken. Noch problematischer erscheint uns die sicherheitspolitische Rahmung des Themas, in der unmissverständlich in erster Linie Abwehrmaßnahmen gegenüber möglichen neuen Migrationsbewegungen nahegelegt werden.

Ein anderer Blick auf Klimawandel und Migration – die *legal anthropology of emergence*

Aus völkerrechtlicher Perspektive scheint es wahrscheinlich, dass der Umgang mit Umweltflüchtlingen in Europa, so sie denn überhaupt als solche identifizierbar sein werden, eher durch Ad-Hoc-Lösungen, „weichere“ Instrumente des Flüchtlingsrechts sowie nationalstaatliche Alleingänge, als durch eine gesamteuropäische oder gar globale Lösung gekennzeichnet sein wird. Wenn überhaupt wird die Etablierung völkerrechtlicher Regelungen des Phänomens eher aus *bottom-up*-Prozessen erwachsen, die in Europa und anderswo vonstatten gehen (de Moor und Cliquet 2009: 15). Dies wirft interessante Fragen auf, deren Analyse sich auf Konzepte einer *legal anthropology of emergence* stützen könnte. Dieses Konzept, das wir in diesem Artikel einführen und in den nächsten Jahren empirisch füllen und analytisch schärfen möchten, verbindet die theoretische Perspektive des *legal pluralism* (siehe z.B. Merry 1988) mit Aspekten der *sociology of emergence* von de Sousa Santos und Rodríguez, die vor allem *bottom-up* Prozesse in der Rechtsbildung in den Blick nehmen (2005). Anschließend an das Konzept des *legal pluralism*, soll die *legal anthropology of emergence* dabei unter anderem herausarbeiten, welche Rechtsquellen AkteurInnen im Kontext des Klimawandels nutzen und weiterentwickeln und wie diese eingesetzt und vor Ort interpretiert werden. In welcher Weise universelle Konzepte wie die Menschenrechte, kulturelle Rechte oder das Umweltrecht, aber auch postkolonial geprägte politische Ideen, auf die sich Debatten um „Klimagerechtigkeit“ beziehen, in unterschiedlichen Foren im Kampf um neue Rechte und Ressourcen für UmweltmigrantInnen verwendet, modifiziert und entwickelt werden (vgl. Merry 1997), wird untersucht und analysiert. Die Sprache des Rechts wirkt dabei nicht nur als neutrales Medium in gesellschaftlichen Kämpfen, sondern ist immer auch „Technologie der Macht“ (Buckel u.a. 2009: XV), die selbst als Machtressource genutzt wird und die es in Konflikten auf der eigenen Seite zu haben und im passenden Moment zu mobilisieren gilt (von Benda-Beckmann und von Benda-Beckmann 2006: 24).

Die zunehmende Komplexität rechtlicher und politischer Entscheidungsfindungsprozesse, die durch intensivierte Interaktionen des Lokalen und des Globalen, die wachsende Dynamik und Komplexität technologischer und wissenschaftlicher Entwicklungen und durch deren Auswirkungen entsteht, erfordert dabei neue Forschungszugänge, die diese Prozesse in ihrer Entstehung sichtbar machen und analysieren. Kirsten Hastrup plädiert in diesem Band für neue Wege in der sozialtheoretischen Konzeptualisierung von „locality, sociality and connectivity“ (Hastrup, dieser Band (Manuskript S.1)), da im Kontext des anthropogenen Klimawandels bisherige Theorien unterkomplex erschienen. Mit der *legal anthropology of emergence* möchten wir diesen Vorschlag konkret umsetzen und den Blick im Bereich der Rechtsanthropologie auf soziale Prozesse richten, die sich aus den Folgen des Klimawandels ergeben und die neue Fragen für die Forschung aufwerfen.

Bill Maurer (2005) nutzt für die Untersuchung neuer sozialer Anordnungen mit vielfältigen lokalen und globalen Verflechtungen, die unterschiedliche, oft inkongruente Wissenskulturen aufeinander beziehen (vgl. Fischer 2005: 56) den Begriff der Emergenz. Mit diesem Begriff könnten soziale Prozesse in ihrer Entstehung und Entwicklung erfasst und vor allem die hybriden Forschungsfelder der heutigen Anthropologie, die naturwissenschaftliche ebenso wie gesellschaftliche Fragen aufwerfen und die an den Schnittstellen von Natur und Kultur komplexe *knowledge formations* hervorbringen (Maurer 2005: 4), besser beschrieben und analysiert werden. Der Emergenz-Begriff kann auch für den Entwurf einer *legal anthropology of emergence* nutzbar gemacht werden: Im Zusammenhang mit dem Klimawandel sind es vor allem die Dimension des raschen Wandels, der für manche Regionen als verheerend beschrieben wird, die Komplexität und Dominanz von ExpertInnenwissen und die Unsicherheit, die mit diesem Wissen verbunden ist, die für die Entwicklung von Normen und Rechten und für Entscheidungsfindungsprozesse neue Bedingungen schaffen, die noch kaum untersucht sind. Auch die zeitlich und geographisch weit auseinander liegenden Ursachen und Auswirkungen des anthropogenen Klimawandels verändern die Voraussetzungen dieser Rechtsentwicklungen.

Die Prognosen von Klimawissenschaftlern spielen dabei nicht nur in den sicherheitspolitischen Überlegungen von EntscheidungsträgerInnen eine große Rolle. Auch ökonomische, infrastrukturelle und andere politische Entscheidungen und Planungen beruhen auf der Klimawissenschaft und ihren Einschätzungen und werden von dieser maßgeblich beeinflusst. Es ist noch kaum absehbar in welcher Weise, mit welchen unterschiedlichen Zielen und vor allem mit welchem Ausgang sich die vielfältigen Interessen, AkteurInnen und Wissensgemeinschaften, die sich kreuzen und die neue Ansprüche aufwerfen, die sich auf zeitlich und geographisch weit entfernte AkteurInnen beziehen, entwickeln werden. So sind zum Beispiel die Auswirkungen und die politischen Implikationen der Unsicherheiten der Klimaforschung

für die oft weit in die Zukunft weisenden Entscheidungsfindungsprozesse (Fischer 2005: 56) noch kaum erforscht. Die Wahrung der Interessen von und die Folgen für heutige und künftige Generationen müssen hier eingeschätzt und abgewogen werden, was auch umfassende ethische Implikationen hat (vgl. Hillerbrand 2006). Neues Wissen im Bereich Klimawandel wirft somit auch neue ethische Fragen auf, deren Beantwortung sich nur indirekt auf Traditionen oder allgemeine menschliche Erfahrungen und Werte beziehen kann (vgl. Collier und Lakoff: 25), da diese Fragen durch ihre Reichweite, ihre Komplexität und Ungewissheit eine neue Qualität haben. Das Wissen um den Klimawandel schafft damit neue Verantwortlichkeiten, Handlungsdruck und auch neue Handlungsoptionen für EntscheidungsträgerInnen. Diese neuen Bedingungen und Kontexte von Politik- und Rechtsentwicklungen, die immer mehr durch ExpertInnenwissen determiniert sind, ExpertInnenwissen erfordern und doch schon per se durch Unsicherheit geprägt sind, müssen untersucht und analysiert werden. Auch die Folgen und Nebenfolgen der Politik- und Rechtsentwicklungen, die unter diesen neuen Bedingungen entstehen, sind zu erforschen. Die *legal anthropology of emergence* kann, da sie prozessual geprägt ist und verschiedenste AkteurInnen, Ebenen und Rechtsquellen in den Blick nimmt, sowohl rechtliche Veränderungen innerhalb und außerhalb von rechtsschaffenden Institutionen ethnographisch beschreiben, als auch die Interpretationen der Klimawandeldiskurse vor Ort und deren Umsetzung in neue Normen, Forderungen und schließlich Rechte in den Blick nehmen. Auch das hochpolitisierte Umfeld der Klimawissenschaft selbst (Krauss 2009) ist dabei ein Aspekt, der in die Analyse einbezogen wird.

Das Thema Umweltmigration erscheint hierbei wie ein Brennglas, das neue gesellschaftliche und wissenschaftliche Formationen und Fragen hervorbringt, die zuvor nicht existierten und die neue Forschungsperspektiven nötig machen. Gesellschaftliche Prozesse „in the making“ wie die immer mehr verflochtene Interaktion von Wissenschaft und Politik, die kaum noch transparent ist, neue Formen der Staatlichkeit, der Solidarität und des Rechts können dabei mit der Perspektive der *legal anthropology of emergence* analysiert und weiterentwickelt werden.

Im folgenden Abschnitt wird die Perspektive unseres Artikels anhand von ersten Forschungsreisen in den Pazifikraum regional erweitert. Damit wird eine weitere multilokal geprägte Aushandlungsarena (von Benda-Beckmann u.a. 2005: 9) im Bereich Umweltmigration in den Blick genommen, wo auf Grund der beträchtlichen prognostizierten Auswirkungen des Klimawandels auf die Region die Diskussionen um Umweltmigration schon konkreter geführt werden als innerhalb der Europäischen Union.

Decentering Europe – neue Rechte und Ressourcen für UmweltmigrantInnen im Pazifikraum

Die angenommenen Umweltveränderungen und antizipierten Auswirkungen des anthropogenen Klimawandels führen im Pazifikraum bereits heute zu intensiven Debatten um Migration und Umsiedlungen. Einige Umweltveränderungen, die zukünftig erwartet werden, sind häufigere und stärkere Sturmfluten, die Erosion der Küsten und die Versalzung der Süßwasservorräte wie auch der landwirtschaftlich genutzten Böden. Schon heute nehmen Überschwemmungen zu (Mimura u.a. 2007). Bis 2100 wird mit einem globalen Meeresspiegelanstieg von bis zu 124 cm gerechnet (Rahmstorf 2010), einige ForscherInnen sprechen sogar von über 200 cm (Grinsted u.a. 2010). Inselstaaten wie die Republik Kiribati, Tuvalu und die Marshall Inseln liegen zum Teil weniger als einen Meter über dem Meeresspiegel und ihre Küsten sind dicht besiedelt. Die Umweltveränderungen könnten die Inseln mittel- bis langfristig unbewohnbar machen und die Souveränität einiger Atoll-Staaten bedrohen (Barnett und Adger 2003; Kempf, 2009: 191; Risse 2009). Der zeitliche Horizont und die Vorhersage genauer ökologischer Auswirkungen sind jedoch von Unsicherheiten und möglichen Abweichungen geprägt (Storey und Hunter 2010: 172). Mit der wachsenden Zahl der Anpassungsprojekte an den Klimawandel, die in der Region durchgeführt werden, hat auch die Arbeit sogenannter *knowledge broker* (Merry 2006: 40) an Bedeutung gewonnen, die den Klimawandel und dessen Folgen vor Ort erklären und zwischen den unterschiedlichen AkteurInnen in der Projektarbeit und darüber hinaus vermitteln sollen. Nahezu alle Institutionen, die diese Projekte durchführen, wie z. B. Kirchengemeinden und Kirchenorganisationen, NGOs und Regierungsorganisationen beschäftigen sogenannte *Consultants*, die in dieser Schnittstellenposition großen Einfluss haben.

Die Republik Kiribati, ein aus 32 Atollinseln bestehender Inselstaat im zentralen Pazifik mit ca. 110.000 EinwohnerInnen, hat bislang auf Grund der Prognosen der Klimawissenschaft die konkretesten Migrationsstrategien auf internationaler Ebene entwickelt und führt verschiedene Verhandlungen, um diese umzusetzen. Auf Grund der Prognosen plant die Regierung von Kiribati einen langfristigen Auszug aller Bürger, den *I-Kiribati* genannten Einwohnern der Inseln. Dieser Auszug hat schon jetzt begonnen und er soll trotz der etwaigen Notwendigkeit, Kiribati zu verlassen und die Staatsangehörigkeit aufzugeben, „in Würde“ und selbstbestimmt geschehen: „migrate with dignity“ heißt die Devise und die Strategie der Regierung, die schon jetzt in allen internationalen, vor allem regionalen, Verhandlungen zum Tragen kommt. Neben rechtlichen und politischen Fragen und Konflikten rund um Migrations- und Umsiedlungsprojekte der BewohnerInnen Kiribatis, sind auch Fragen der Souverä-

nität und der Zukunft der *Ausschließlichen Wirtschaftszone*⁸ (*Exclusive Economic Zone* – EEZ) Kiribatis völlig offen (siehe dazu z.B. Esteban und Yamamoto 2010). Bei der Suche nach Lösungen für betroffene MigrantInnen in der Region wird auf unterschiedlichen rechtlichen und politischen Ebenen diskutiert und staatliche und nicht-staatliche AkteurInnen einbezogen. Regierungen der Inselstaaten, regionale Organisationen wie das Pacific Island Forum (PIF), NGOs, Internationalen Organisationen und nicht zuletzt religiöse Institutionen sind hier aktiv und ziehen verschiedene rechtliche Felder wie Menschenrechte oder die Rechte indigener Völker, aber auch *soft-law*-Ansätze wie z.B. humanitäre Appelle und Deklarationen heran, um die Bedürfnisse heutiger und zukünftiger Umwelt- und KlimamigrantInnen abzudecken. Ebenso werden unterschiedliche politische Instrumente wie die Gründung von Anpassungs- und Flüchtlingsfonds oder regionale Programme zur Arbeitsmigration verhandelt.

Dieser regionale Aushandlungsprozess im Pazifikraum, die Möglichkeiten und Grenzen verschiedener Strategien und Allianzen, wurde mit Hilfe von mehrmonatigen Feldforschungsaufenthalten der Autorin Silja Klepp in Vanuatu, Kiribati und Neuseeland in den Jahren 2010 und 2011 untersucht. Die Untersuchungen stützten sich vor allem auf Interviews und informelle Gespräche mit RegierungsmitarbeiterInnen der Länder, MitarbeiterInnen von Internationalen Organisationen und NGOs und weiteren AkteurInnen der Internationalen Zusammenarbeit. Im Folgenden sollen nun verschiedene Aspekte der Aushandlungsprozesse um neue Rechte und Ressourcen für UmweltmigrantInnen, die vor allem die Regierung von Kiribati und deren MitstreiterInnen, wie zum Beispiel NGOs, vorantreiben, vorgestellt werden. Auf Grund der Kürze der Forschungsaufenthalte sollten die Ergebnisse allerdings als vorläufig angesehen werden. Es zeigt sich, dass auch die Debatten vor Ort und etwaige Ansätze für neue Migrations- und Anpassungsstrategien untrennbar mit Vorstellungen zu globaler Klimagerechtigkeit, Diskursen um ungleiche Nord-Süd-Beziehungen und der Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe verbunden sind.

Der Pazifikraum als Aushandlungsarena

Kiribati ist mit den vielfältigen Auftritten des Präsidenten und seiner Mitarbeiter als „*climate change poster child*“⁹ in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit gerückt. Vor allem der seit 2003 regierende Präsident der Insel, Anote Tong, wendet sich in unterschiedlichen globalen und regionalen Foren mit Appellen an die Weltgemeinschaft, ihre Treibhausgase zu vermindern und Verantwortung für die Geschicke der Insel als „Opfer des Klimawandels“ und für die

⁸ Die Ausschließliche Wirtschaftszone erstreckt sich laut des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 von der Küstenlinie bemessen über 200 Seemeilen (ca. 370 km) in die Gewässer. Hier kann der Küstenstaat bestimmte souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse wahrnehmen, vor allem das Recht zur wirtschaftlichen Ausbeutung wie des Fischfangs.

⁹ Dieser Ausdruck wurde immer wieder in Gesprächen benutzt, die Silja Klepp mit MitarbeiterInnen der Internationalen Zusammenarbeit beim Feldaufenthalt in Kiribati im Frühling 2011 führte.

Klimaflüchtlinge Kiribatis zu übernehmen (BBC 2009). So erklärte Tong am Weltumwelttag der Vereinten Nationen im Juni 2008 in Wellington, Neuseeland:

„None of the atolls that make up our country are more than two metres above sea level. We will be submerged by the end of the century, as things stand right now. [...] But what happens before is equally devastating. Entire villages are being relocated as the sea encroaches upon the land. People are being asked to move from places that have been home for them. It's a human tragedy.“ (Nair 2008)

Auf Grund des von McNamara festgestellten globalen Stillstandes in den Verhandlungen zu Klimawandel und Migration (2007) – eine Einschätzung, die wir teilen – suchen transnational und regional geprägte Allianzen nach Regelungen und Ausgleich im Bereich Klimawandel, Entwicklung und Migration. Dies sind zum Beispiel die Organisationen der *Alliance of Small Island States* (AOSIS) und der Gruppe der *Small Island Developing States* (SIDS). Hier ist die *Malé Declaration on Global Warming and Sea Level Rise* zu nennen, die schon 1989 verabschiedet und 2007 von Seiten der SIDS als *Malé Declaration on the Human Dimension of Global Climate Change* (Alliance of Small Island States 2007) neu aufgelegt wurde. Die *Malé Declaration* fordert im Rahmen der Klimawandel-, Migrations- und Gerechtigkeitsdebatte Solidarität und Aufnahmeverpflichtungen der Industrieländer ein. Auch die Erklärungen der SIDS und der AOSIS betonen, dass ihre Mitgliedsländer verhältnismäßig wenig zum Klimawandel beigetragen hätten, nun aber stark von dessen Konsequenzen betroffen seien. Sie fordern, dass sie nun mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet werden sollen, um die Folgen des Klimawandels selbstbestimmt bewältigen zu können und ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Die Regierung von Kiribati ist in diesen Foren sehr aktiv. Mit dem Anspruch der „Klimagerechtigkeit“ werden dabei auch im Rahmen von Finanztransfers zunehmend Ressourcen für besonders vom Klimawandel betroffene Länder bereitgestellt (Tanner und Allouche 2011: 4). In Kiribati wird seit 2003 durch Gelder des *Global Environment Facility* (GEF) und anderer Internationaler Organisationen und Geber das *Kiribati Adaptation Project* (KAP) finanziert, das Infrastruktur- und Sensibilisierungsprogramme zur Anpassung an den Klimawandel durchführt. Gerade im Bereich der *soft-law*-Instrumente, definiert nach Francis Snyder als „those rules of conduct which, in principle, have no legally binding force but which nevertheless may have practical effect“, (Snyder zit. n. Zerilli 2010: 7) versucht die *legal anthropology of emergence* sichtbar zu machen, dass es eine wachsende Anzahl entsprechender Instrumente im diskutierten Bereich gibt, deren Wirkung nicht immer unmittelbar in verbrieften Rechten zu suchen ist, die aber dennoch mittelbar eine breite Wirkung entfalten können, wie sich auch im Folgenden zeigt.

Neben den Aufrufen an die Weltgemeinschaft, ihrer Verantwortung nachzukommen und im Sinne der Klimagerechtigkeit neue Rechte für KlimamigrantInnen zu entwickeln und Res-

sources für diese bereitzustellen, wendet sich Tong auch mit direkten Appellen an Anrainerländer des Pazifiks wie Australien und Neuseeland, um Migrationsprogramme in die Wege zu leiten. Einen humanitär begründeten Flüchtlingsstatus als Grundlage für ihre Zukunft lehnen die Menschen in Kiribati und deren Regierung um Präsident Tong jedoch ab, ein Leben in Flüchtlingszentren und in Abhängigkeit der Aufnahmegesellschaft halten sie für nicht hinnehmbar.¹⁰ Bei den Lösungsansätzen für Kiribati setzt Tong hingegen auf langfristige Planung, „so that when people migrate, they will migrate on merit and with dignity,“ (zit. nach Risse 2009: 281).

Neuseeland hat auf Drängen der Inselstaaten des Pazifiks seit 2002 unter dem Namen *Pacific Access Category* eine jährliche Quote für die Pazifikinseln Kiribati, Tuvalu und Tonga zur Arbeitsmigration geschaffen. Jährlich können auf diese Weise 75 MigrantInnen aus Kiribati mit ihren Familien nach Neuseeland übersiedeln (Immigration New Zealand 2005). Des Weiteren wurden Arbeitsprogramme aufgelegt, vor allem im Bereich der Erntearbeit (*Recognised Seasonal Employment* - RSE). Die hier saisonal arbeitenden *I-Kiribati* haben perspektivisch die Möglichkeit, sich in Neuseeland niederzulassen. Anders als in Europa wird hier diese Form der zirkulären Migration als ein Weg zur dauerhaften Migration anerkannt.¹¹ Zwischen den Volkszählungen 2001 und 2006 stieg die Anzahl der in Neuseeland lebenden *I-Kiribati* auf diese Weise um 72% auf 1.116 an (Bedford und Bedford 2010: 107), was bei einer Gesamtbevölkerung von 110.000 *I-Kiribati* eine beachtliche Zahl ist. In Australien, das insgesamt noch zögerlicher als Neuseeland auf die Appelle Kiribatis' reagiert,¹² wurde ein Ausbildungsprogramm für Krankenschwestern aus Kiribati geschaffen, die anschließend in Australien arbeiten können (*Kiribati Australia Nursing Initiative* - KINA). Weitere Vereinbarungen und Programme sind geplant, so wird zurzeit auch mit Kroatien ein Arbeitsprogramm im Tourismusbereich und mit Kanada im Dienstleistungsbereich verhandelt.¹³ Diese Verhandlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen und die InformantInnen des Ministeriums waren an dieser Stelle zu Stillschweigen bezüglich der Details verpflichtet.

Kiribati bezeichnet diese Migrationsprogramme ausdrücklich als Strategie zur Anpassung an den Klimawandel,¹⁴ die Aufnahmeländer möchten jedoch explizit keinen Bezug zwischen diesen Programmen und Umweltmigration herstellen. Auf der Homepage des neuseeländi-

¹⁰ Interview von Silja Klepp mit Scott Leckie, Direktor der NGO *Displacement Solutions*, am 04.04.2011 in Melbourne, Australien. *Displacement Solutions* berät die Regierungen von Kiribati und Papua Neu Guinea zu Fragen der Klimawandelmigration.

¹¹ Interview von Silja Klepp mit Ken Graham, neuseeländischer Parlamentsabgeordneter, Green Party am 18.05.2011 in Wellington, Neuseeland.

¹² Ebd.

¹³ Interview von Silja Klepp mit mehreren MitarbeiterInnen des Arbeitsministeriums von Kiribati am 20.04.2011 in Bairiki in einem Sitzungssaal des Ministeriums.

¹⁴ Interview von Silja Klepp mit Baatetake Tatoa, Referatsleiterin im Arbeitsministerium von Kiribati, am 20.04.2011 in Bairiki, South Tarawa, Kiribati.

schen Außenministeriums wird jede Verbindung zu Zugeständnissen auf Grund des Klimawandels ausdrücklich dementiert:

“New Zealand does not have an explicit policy to accept people from Pacific island countries due to climate change. [...] New Zealand has no such arrangement with any [...] Pacific Island.” (Immigration New Zealand 2005)

Dennoch zeigt dieses offizielle Dementi, wie brisant und präsent die Debatten um Klimamigration und die Aufnahme von KlimamigrantInnen im Pazifikraum sind, wenn auch mit Neuseeland und Australien noch keine offiziellen Abkommen unter dem *label* „Klimamigration“ zustande gekommen sind.

In Bezug auf Umsiedlungsprojekte, die größere Gemeinden und *communities* umfassen könnten, haben VertreterInnen der Republik Fidschi am Rande der UNFCCC Verhandlungen in Kopenhagen 2009 angekündigt, dass der Inselstaat bereit sei, Menschen aus Kiribati aufzunehmen (Bedford und Bedford 2010: 90). Ein Vorteil könnte hier sein, dass ein Erhalt kultureller Dimensionen Kiribatis' auch außerhalb des Staatsgebiets durch die gemeinsame Umsiedlung und auf Grund ähnlicher Klima- und Lebensverhältnisse in Fidschi gewährleistet werden könnte, was von den *I-Kiribati* immer wieder als wichtig hervorgehoben wird. Dabei wird auf die kulturellen Rechte indigener Völker und deren Schutz rekurriert. Noch für das Jahr 2012 ist ein *Memorandum of Understanding* bezüglich des Themas Migration und Klimawandel mit der Regierung von Fidschi geplant. Die Regierung von Fidschi hat damit bezüglich regionaler Lösungen für UmweltmigrantInnen eine führende Rolle in der Debatte eingenommen. Die Regierung unter Frank Bainimarama, die im Jahr 2006 durch einen Putsch des Militärs an die Macht gelangte, erhofft sich von dieser Geste in Richtung Kiribati und der Region wohl auch mehr regionale und internationale Anerkennung.¹⁵

In den Verhandlungen mit der Regierung von Fidschi schließt die Strategie Kiribatis zum Teil an historische Migrationsbewegungen und aktuelle, postkolonial geprägte Diskurse in Ozeanien an. Der Vordenker postkolonialer Ideen im Pazifikraum, Epi Hau'ofa, hat das vorkoloniale Ozeanien als Begegnungsraum fähiger Seeleute, als „sea of islands“ konzeptualisiert (Hau'ofa 1993), wo keinerlei nationalstaatliche Grenzen die Bewegungsfreiheit der InselbewohnerInnen einschränkten. Historisch sei der Pazifikraum ein Wirtschafts- und Heiratsraum gewesen, in dem rege Reise- und Umsiedlungstätigkeiten erst durch die Kolonialmächte stark eingeschränkt worden seien. Diese hätten ein bis heute wirkendes Bild von Ozeanien geschaffen, das von isolierten, rückständigen und abgelegenen Inselstaaten, den „islands in a far sea“, ausgehe. Die Idee des „neuen Ozeaniens“ nach Hau'ofa, projiziert hingegen den

¹⁵ Interview von Silja Klepp mit Scott Leckie, Direktor der NGO *Displacement Solutions*, am 04.04.2011 in Melbourne, Australien.

Ozean als eine Verbindung zwischen den Inseln, stellt die Trennlinien der nationalstaatlichen Grenzziehung durch die Kolonialmächte in Frage und befördert damit seit den 1990er Jahren ein neues, postkoloniales Selbstverständnis Ozeaniens (Kempf 2009: 194).

Der deutsche Sozialanthropologe Wolfgang Kempf fragt vor diesem Hintergrund, wie das Konzept Epi Hau'ofas heute im Zuge der erwarteten starken Auswirkungen des anthropogenen Klimawandels für die Inseln des Pazifiks nutzbar gemacht werden kann. Im Anschluss an Lazrus (2009) unterstreicht er die Notwendigkeit, die speziellen Fähigkeiten, Erfahrungen und Netzwerke der Menschen in Ozeanien gerade im Bereich der Anpassung an den Klimawandel anzuerkennen und einzusetzen (Kempf 2009: 195). Viel zu häufig würden *top-down*-Ansätze in den inzwischen unzähligen Anpassungsprojekten an den Klimawandel im Pazifikraum zum Tragen kommen, die kulturelle und regionale Aspekte außer Acht ließen und dadurch oftmals die selbst gesteckten Ziele verfehlten und die Situation vor Ort sogar verschlechtern würden (ebd.).

Im Kontext der Debatten um Klimamigration und Klimagerechtigkeit noch einen Schritt weitergehend mehren sich die Stimmen im Pazifikraum, die an vorkoloniale, supranationale Migrations- und Siedlungsbewegungen im Pazifikraum anknüpfen möchten. Um die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern, fordern sie eine neue, transnationale Solidarität und Einheit für den Pazifikraum. Ein Beispiel für neue Bewegungen, die in diese Richtung argumentieren, ist das *Pacific Voyaging*. Hier wird an die traditionsreiche, grenzüberschreitende Seefahrt im Pazifikraum angeknüpft und durch die Formierung großer Segler-Gruppen, die verschiedene Länder im Pazifik anlaufen, auf die Folgen des Klimawandels und andere Umweltprobleme aufmerksam gemacht (Farbotko 2012). Eine weitere Forderung, die an postkoloniale Argumentationslinien anknüpft, sieht eine doppelte Verantwortung der ehemaligen Kolonialländer: Da sie sowohl den anthropogenen Klimawandel verschuldet hätten, wie auch Ungleichheit und Unrecht, das durch die Zeit des Kolonialismus entstanden sei, seien die Kolonialländer verpflichtet, die BewohnerInnen der bedrohten Pazifikinseln aufzunehmen (vgl. Campbell 2010: 25). Hier werden politische Argumente angeführt, die sich auf die Kolonialzeit beziehen und die an globale Diskurse anschließen, mit denen auch rechtliche Forderungen einhergehen.

Insgesamt werden vor dem Hintergrund des Klimawandels heute Möglichkeiten einer immer fragmentierteren rechtlichen Landschaft genutzt: Die zentralen AkteurInnen, vor allem die Regierung Kiribatis, aber auch Berater und transnationale Netzwerke und NGOs, die als *knowledge broker* und InteressenvertreterInnen auftreten, beziehen sich auf Ordnungskonzepte, die wie beispielsweise die Menschenrechte globale Reichweite haben und moralisch argumentieren. Diese „Universalien“, die den Kern zeitgenössischer humanistischer und humanitärer Projekte bilden (Tsing 2005: 7) werden im Kontext von Klimawandeldebatten als

Forderungen nach „Klimagerechtigkeit“ immer entscheidender. Die Interviews auf Kiribati im April 2011 zeigen, wie präsent der Diskurs um „Klimagerechtigkeit“ in Kiribati ist: Kaia Miller, Mitarbeiterin des Umweltministeriums, stellte in diesem Kontext fest: „The head of the unit, the minister actually said that [...] ‘Australia should buy us this and that, because climate change is all their fault.’”¹⁶ Hier werden Verantwortungszuschreibungen für den Klimawandel und dessen Auswirkungen deutlich, mit denen finanzielle und rechtliche Forderungen verbunden sind. Der Erfolg und die Umsetzung dieser Forderungen und Verhandlungen sind dabei noch völlig offen. Sie sollen von uns durch weitere Forschungen im Pazifikraum sowie der Weiterentwicklung der *legal anthropology of emergence* in den nächsten Jahren jedoch eng begleitet werden.

Ausblick – *decentering and repoliticizing climate change*

In den beiden beschriebenen Aushandlungsarenen (von Benda-Beckmann u.a. 2005: 9) haben sich grundsätzliche Unterschiede in der Behandlung der Debatte zu Umwelt- und Klimamigration gezeigt. Abgesehen von vereinzelt Vorstößen von Einzelpersonen und Organisationen nimmt sich die EU der Thematik unter ganz bestimmten Vorzeichen an: Das Phänomen wird primär als Anpassungsdefizit in betroffenen Regionen konzipiert und damit zum einen klar als entwicklungspolitisches Thema begriffen, zum anderen aus dem Hoheitsgebiet der Union weitgehend ausgelagert. Zwar wird eine Mitverantwortung der Länder der EU für Problemlagen, die sich aus dem globalen Klimawandel ergeben nicht grundsätzlich bestritten, jedoch soll diesen vor Ort begegnet werden. Die restriktive europäische Asyl- und Migrationspolitik bleibt dann von möglichen neuen Ansprüchen und Forderungen, etwa nach konkreten Aufnahmeszenarien und einer inkludierenden Mittelmeerpolitik unberührt. Im Gegensatz dazu zeigen die Debatten in Kiribati, dass dort das heutige und das antizipierte Migrationsgeschehen bereits wesentlich weitreichendere Fragen aufwerfen. Hier verharrt die Debatte nicht in entwicklungs- und sicherheitspolitischen Verkürzungen, sondern beschäftigt sich konkret mit Fragen der Klimagerechtigkeit und schließt damit auch dezidiert migrations-“freundliche“ Perspektiven und grundsätzliche Infragestellungen bisheriger nationalstaatlicher Grenzziehungen mit ein. Gleichzeitig bleibt kritisch anzumerken, dass einige der ausgehandelten Arbeitsprogramme in Ozeanien im Grunde höchst anschlussfähig an Diskurse der „Nutzbarmachung“ von Migration sind, sowohl für die Ursprungsregionen im globalen Süden, als auch und gerade auch für die Ökonomien der OECD-Länder (Felli und Castree 2012).

Es ist dabei offen, ob und in welcher Weise regionale Antworten und Lösungen für KlimamigrantInnen, die im Pazifikraum zurzeit forciert werden, überhaupt die beste Möglichkeit dar-

¹⁶ Interview von Silja Klepp mit Kaia Miller, Mitarbeiterin im Umweltministerium von Kiribati, am 14.04.2011 in ihrem Büro. Der Name wurde auf Wunsch geändert.

stellen. Die oben erwähnten Debatten um Klimagerechtigkeit unterstreichen immer wieder den originär globalen Charakter des Themas anthropogener Klimawandel und seiner sozialen Auswirkungen (Boncour und Burson 2009: 19). Insgesamt lassen die jetzigen Aushandlungsprozesse jedoch auch immer wieder eine Verschiebung erkennen, die sich z.B. in manchen Verhandlungsforen beobachten lässt: Kiribatis Stimme hat auf der Weltbühne an Einfluss gewonnen und statt sich ausschließlich in der Rolle des Opfers von Klimawandel zu sehen, gelingt es der Regierung, Effekte durch die verhandelten Migrationsprogramme zu erzielen, die günstige Auswirkungen auf die Situation der *I-Kiribati* haben könnten, wie z.B. die neuen Ressourcen des GEF (*Global Environment Facility*) und auch die *Remittances* aus den Arbeitsprogrammen, die schon angelaufen sind.

Sicherlich kommt es in Zukunft für Kiribati und andere Inseln im Pazifikraum darauf an, für die Findung langfristiger, für unterschiedliche Menschen passender Zukunftsoptionen eine Vielfalt an Migrationsstrategien zu erproben (Bedford und Bedford 2010: 93). Dass dabei nicht alle Strategien, die jetzt schon von Kiribati verfolgt werden, einen emanzipatorischen Ansatz verfolgen, zeigt sich auch in den z. T. zirkulär angelegten Arbeitsprogrammen, die Kiribati derzeit mit Neuseeland und Australien ausarbeitet.

Mit Blick auf das Ringen der EU-Länder und der EU-Institutionen, die die Tendenz erkennen lassen, das Thema Klimawandel und Migration auch in Zukunft vornehmlich entwicklungs- und sicherheitspolitisch zu rahmen und mit Blick auf die Bemühungen Kiribatis, die Klimagerechtigkeit immer wieder zu thematisieren und zu einem wichtigen Argument zu machen, erscheint uns auch gemäß unserer Überlegungen zur *legal anthropology of emergence* eine stärkere Hinwendung zu machtsensiblen Fragestellungen und zur Berücksichtigung von Perspektiven und Interpretationen des Klimawandels vor Ort wichtig. Dies gilt sowohl in den Debatten und in der Forschung zu Klimawandel und Migration, als auch allgemeiner in den Diskussionen und Untersuchungen zur Anpassung an den anthropogenen Klimawandel. Mit Hilfe einer postkolonialen, dezentrierenden Perspektive sollen so strukturelle und ökonomische Aspekte berücksichtigt und sichtbar werden, die im Kontext des Klimawandels, oft beruhend auf ExpertInnenmeinungen, als unpolitisch und vermeintlich objektiv und somit nicht verhandelbar gelten. *Decentering climate change* heißt deshalb, einerseits gerade im Kontext des Klimawandels die Aufmerksamkeit auf Rechts- und Entscheidungsfindungsprozesse zu richten, die vom globalen Süden und von AkteurInnen ausgehen, die keine ExpertInnen sind. Zudem sollte die Analyse nicht um politische und ethische Fragen verkürzt werden, die Konzeptualisierung der Forschungsfelder muss hingegen im Kontext des Klimawandels eine Dezentrierung und Erweiterung erfahren, um komplexen Themen wie Umweltmigration gerecht zu werden. Die Versuche innerhalb der europäischen Debatten, gerade durch den Entwicklungs-*frame* die dem Thema eigentlich immanenten Aspekte der Klimagerechtigkeit

zu umgehen und die Tendenz der Industrieländer, Verantwortlichkeiten für die sozialen Folgen des Klimawandels nicht anzuerkennen, sollten durch diese Forschungen deutlicher werden. In dieser Weise könnten Handlungsoptionen und neue Spielräume für eine verantwortliche und solidarische Migrations- und Klimapolitik sichtbar werden.

Literatur

- Alliance of Small Island States (2007): *Male' Declaration on the Human Dimension of Global Climate Change*, URL: http://www.ciel.org/Publications/Male_Declaration_Nov07.pdf [Aufgerufen am 20.02.2012].
- Ammer, Margit, Manfred Nowak, Lisa Stadlmayr & Gerhard Hafner (2010): *Rechtsstellung und rechtliche Behandlung von Umweltflüchtlingen*, (Texte 54/2010), Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Andrijasevic, Rutvica, Manuela Bojadnjev, Sabine Hess, Serhat Karakayalb, Efthimia Panagiotidis & Vassilis Tsianos (2005): Turbulente Ränder. Konturen eines neuen Migrationsregimes im Südosten Europas, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 35 (3), 345-362.
- Barnett, Jon & W. Neil Adger (2003): Climate dangers and atoll countries, in: *Climatic Change*, 61, 321-337.
- Barnett, Jon & Campbell, John (2010): *Climate change and Small Island States: power, knowledge and the South Pacific*, London: Earthscan.
- Bates, Diane C. (2002): Environmental Refugees? Classifying Human Migrations Caused by Environmental Change, in: *Population & Environment*, 23 (5), 465-477.
- BBC (2009): *The President's Dilemma: Should Kiribati's President Anote give in to climate change?*, Film produziert von International Fund for Agricultural Development (IFAD), zuerst gezeigt im Programm "Life on The Edge", 2. September 2009.
- Bedford, Richard & Charlotte Bedford (2010): International Migration and Climate Change: A post-Copenhagen perspective on options for Kiribati and Tuvalu, in: Burson, Bruce (Hg.) *Climate Change and Migration - South Pacific Perspectives*. Wellington, New Zealand: Institute of Policy Studies, 89-134.
- Biermann, Frank (2001): Umweltflüchtlinge. Ursachen und Lösungsansätze, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 12, 24-29.
- Black, Richard (2001): *Environmental refugees - myth or reality?* (New Issues in Refugee Research: Working Paper 34), Geneva: United Nation High Commissioner on Refugees.
- Boano, Camillo, Roger Zetter & Tim Morris (2008): *Environmentally displaced people. Understanding the linkages between environmental change, livelihoods and forced migration*. (Forced Migration Policy Briefing 1), Oxford: Refugee Studies Centre, Oxford Department of International Development.
- Boncour, Philippe & Bruce Burson (2009): Climate Change and Migration in the South Pacific Region: Policy Perspectives, in: Burson, Bruce (Hg.) *Climate Change and Migration - South Pacific Perspectives*. Wellington, New Zealand: Institute of Policy Studies, 5-28.
- Buckel, Sonja, Ralph Christensen & Andreas Fischer-Lescano (2009): Einleitung: Neue Theoriepraxis des Rechts, in: Buckel, Sonja, Ralph Christensen & Andreas Fischer-Lescano (Hg.) *Neue Theorien des Rechts*. Stuttgart: UTB, Lucius & Lucius, IX-XIX.
- Campbell, John (2010): Climate Change and Population Movement in Pacific Island Countries, in: Burson, Bruce (Hg.) *Climate Change and Migration - South Pacific Perspectives*. Wellington, New Zealand: Institute of Policy Studies, 29-50.
- Chaturvedi, Sanjay & Timothy Doyle (2010): Geopolitics of Climate Change and Australia's „Re-engagement“ with Asia: Discourses of Fear and Cartographic Anxieties, in: *Australian Journal of Political Science*, 45 (1), 95-115.

- Christian Aid (2007): *Human tide: the real migration crisis*. London: Christian Aid.
- Committee on Petitions of the European Parliament (2011): Notice to Members on Petition 1312/2009 by Andy Vermaut (Belgian) on behalf of the Pimpampoentje (Ladybird) Climate and Peace Action Group, on legal recognition by the European Union of climate refugees. Brussels: European Parliament.
- Collier, J. Stephen & Andrew Lakoff (2005): On Regimes of Living, in: Ong, Aihwa & Stephen J. Collier (Hg.) *Global Assemblages. Technology, Politics, and Ethics as Anthropological Problems*, Malden, USA und Oxford, UK: Blackwell Publishing.
- Council of the European Union (2006): Presidency conclusions of the Brussels European Council, 15/16 December 2005. 15914/1/05. REV 1. Brussels: Council of the European Union.
- Crate, Susan. A. & Mark Nuttall (2009): Introduction: Anthropology and Climate Change, in: Crate, Susan. A. & Mark Nuttall (Hg.) *Anthropology and Climate Change: From Encounters to Actions*. Walnut Creek, USA, Left Coast Press.
- de Moor, Nicole & An Cliquet (2009): Environmental Displacement: A New Challenge for European Migration Policy. Paper prepared for the International Conference „Protecting People in Conflict and Crisis: Responding to the Challenges of a Changing World“, 22-24 September 2009, Oxford.
- de Sousa Santos, Boaventura & César A. Rodríguez-Garavito (2005): *Law and globalization from below: towards a cosmopolitan legality*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Dietz, Kerstin (2009): Prima Klima in den Nord-Süd-Beziehungen? Die Antinomien globaler Klimapolitik: Diskurse, Politiken und Prozesse, in: Burchardt, Hans-Jürgen (Hg.) *Nord-Süd-Beziehungen im Umbruch. Neue Perspektiven auf Staat und Demokratie in der Weltpolitik*. Frankfurt: Campus Verlag, 183-218.
- Docherty, Bonnie & Tyler Giannini (2009): Confronting a rising tide: a proposal for a convention on climate change refugees, in: *Harvard Environmental Law Review*, 33 349-403.
- El-Hinnawi, Essam (1985): *Environmental refugees*. Nairobi, Kenya: United Nations Environmental Programme.
- Esteban, Miguel & Lilian Yamamoto (2010): Vanishing Island States and sovereignty, in: *Ocean and Coastal Management*, 53 (2010), 1-9.
- EU Directorate-General on Development and Cooperation (2010): Thematic Programme "Cooperation with Third Countries in the areas of Migration and Asylum". 2011-2013 Multi-Annual Strategy Paper. Brussels: European Commission.
- EU High Representative (2008): Climate Change and Security: Recommendations of the High Representative on follow-up to the High Representative and Commission report on Climate Change and International Security. S412/08. Brussels: EU High Representative.
- EU High Representative and the European Commission (2008): Climate change and international security. Paper from the High Representative and the European Commission to the European Council. S113/08. Brussels: European Commission.
- European Commission (2003): Communication from the Commission to the Council and the European Parliament: Climate change in the context of development cooperation. COM (2003) 85 final. Brussels: European Commission.
- European Commission (2009): WHITE PAPER. Adapting to climate change: Towards a European framework for action. COM (2009) 147 final. Brussels: European Commission.

- European Commission (2011a): Communication from the European Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. The Global Approach to Migration and Mobility. COM (2011) 743 final. Brussels: European Commission.
- European Commission (2011b): Migration and Development. Commission staff working paper. SEC (2011) 1353 final. Brussels: European Commission.
- European Council (2010): The Stockholm Programme — An open and secure Europe serving and protecting citizens (2010/C 115/01). *Official Journal of the European Union*, 53 (C 115).
- Farbotko, Carol (2012): Skilful Seafarers, Oceanic Drifters or Climate Refugees? Pacific People, News Value and the Climate Refugee Crisis, in: Moore, Kerry, Bernhard Gross & Terry Threatgold (Hg.) *Migrations and the Media*. New York: Peter Lang Publishing, 119-142.
- Felli, Romain & Noel Castree (2012): Neoliberalising adaptation to environmental change: foresight or foreclosure? In: *Environment and Planning A*, 44 (1), 1-4.
- Ferguson, James (1990): *The anti-politics machine: "development," depoliticization, and bureaucratic power in Lesotho*. Cambridge, New York, Melbourne: Cambridge University Press.
- Fischer, Michael M. J (2005): Technoscientific Infrastructures and Emergent Forms of Life: A Commentary, in: *American Anthropologist*, 107 (1), In Focus: Ethnographic Emergences, 55-61.
- Gassner, Magdalena (2010): *Prävention irregulärer Migration im integrierten Gesamtansatz zur Migrationsfrage. Entwicklungszusammenarbeit im Dienst der europäischen Migrationspolitik am Beispiel Marokko*. Magistra Diplomarbeit, Universität Wien.
- Georgi, Fabian (2009): Kritik des Migrationsmanagements. Historische Einordnung eines politischen Projekts, in: *juridikum. Zeitschrift für Politik / Recht / Gesellschaft*, 2009 (02), 81-84.
- Grinsted, Aslak, John C. Moore & Svetlana Jevrejeva (2010): Reconstructing sea level from paleo and projected temperatures 200 to 2100 AD, in: *Climate Dynamics*, 34, 461-472.
- Gupta, Devyani (2009): Climate of fear: environment, migration and security, in: Dodds, Felix, Andrew Highham & Richard Sherman (Hg.) *Climate Change and Energy Insecurity*. London: Earthscan, 71–79.
- Harris, Paul G. (2006): Europe and Environmental Change: Sharing the Burdens of Global Warming, in: *Colorado Journal of International Environmental Law and Policy* 17: 309–355.
- Hartmann, Betsy (2010): Rethinking climate refugees and climate conflict: Rhetoric, reality and the politics of policy discourse, in: *Journal of International Development*, 22 (2), 233-246.
- Hau‘ofa, Epeli (1993): Our Sea of Islands, in: Naidu, Vijay & Eric Waddell (Hg.) *A New Oceania: Rediscovering our Sea of Islands*. Suva: University of the South Pacific, 2-17.
- Herbeck, Johannes & Michael Flitner (2010): „A new enemy out there“? Der Klimawandel als Sicherheitsproblem, in: *Geographica Helvetica*, 65 (3), 198-206.
- Hillerbrand, Rafaela (2006): *Technik, Ökologie und Ethik*, Paderborn: mentis Verlag.
- Hyndman, Jennifer & Alison Mountz (2008): Another Brick in the Wall? Neo-Refoulement and the Externalization of Asylum by Australia and Europe, in: *Government and Opposition*, 43 (2), 249-269.

- Immigration New Zealand (2005): *Pacific Access Category*. URL: <http://www.immigration.govt.nz/migrant/stream/live/pacificaccess/> [Aufgerufen am 20.02.2012].
- Jakobeit, Cord & Chris Methmann (2007): *Klimaflüchtlinge. Die verleugnete Katastrophe*. Hamburg: Greenpeace e.V.
- Jónsson, Gunvor (2010): *The environmental factor in migration dynamics – a review of African case studies*. (Working Paper 21), Oxford: International Migration Institute, University of Oxford.
- Kasperek, Bernd (2010): Borders and Populations in Flux: Frontex' Place in the European Union's Migration Management, in: Geiger, Martin & Antoine Pécoud (Hg.) *The Politics of International Migration Management*. London, New York: Palgrave Macmillan, 119-140.
- Kempf, Wolfgang (2009): A Sea of Environmental Refugees? Oceania in an Age of Climate Change, in: Hermann, Elfriede, Karin Klenke & Michael Dickhardt (Hg.) *Form, Macht, Differenz. Motive und Felder ethnologischen Forschens*. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen, 191-205.
- Klepp, Silja (2010): A Contested Asylum System: The European Union between Refugee Protection and Border Control in the Mediterranean Sea, in: *European Journal of Migration and Law*, 12 (1), 1-21.
- Klepp, Silja (2011): *Europa zwischen Grenzkontrolle und Flüchtlingschutz: Eine Ethnographie der Seegrenze auf dem Mittelmeer*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Kolmannskog, Vikram & Finn Myrstad (2009): Environmental displacement in European asylum law, in: *European Journal of Migration and Law*, 11 (4), 313-326.
- Krauss, Werner (2009): Localizing Climate Change: A Multi-sited Approach, in: Falzon, Mark-Anthony (Hg.) *Multi-sited ethnography: theory, praxis and locality in contemporary research*. Farnham UK, Burlington, USA: Ashgate, 149-169.
- Lambert, Jean (2002): *Refugees and the Environment. The forgotten element of sustainability*. [o. Ort]: The Greens/European Free Alliance in the European Parliament.
- Lavenex, Sandra & Emek M. Uçarer (2004): The External Dimension of Europeanization, in: *Cooperation and Conflict*, 39 (4), 417-443.
- Lazrus, Heather (2009): The governance of vulnerability: climate change and agency in Tuvalu, South Pacific, in: Crate, Susan A. & Mark Nuttal (Hg.) *Anthropology and Climate Change: From Encounters to Actions*. Walnut Creek, USA: Left Coast Press, 240-249.
- Maurer, Bill (2005): Introduction to "Ethnographic Emergences", in: *American Anthropologist*, 107 (1), In Focus: Ethnographic Emergences, 1-4.
- McLeman, Robert (2011): Climate change, migration, and critical international security considerations, in: *Migration Research Series Report 42*, Geneva: International Organization for Migration.
- McNamara, Karen Elizabeth (2007): Conceptualizing discourses on environmental refugees at the United Nations, in: *Population & Environment*, 29 (1), 12-24.
- Merry, Sally Engle (1988): Legal Pluralism, in: *Law & Society Review*, 22 (5), 869-896.
- Merry, Sally Engle (1997): Legal Pluralism And Transnational Culture: The Ka Ho'Okolokolonui Kanaka Maoli Tribunal, Hawai'i, 1993, in: Wilson, Richard A. (Hg.) *Human Rights, Culture and Context*, London: Pluto Press, 24-48.
- Merry, Sally Engle (2006): Transnational Human Rights and Local Activism: Mapping the Middle, in: *American Anthropologist*, 108 (1), 38-51.

- Mezzadra, Sandro (2004): The Right to Escape, in: *Ephemera: theory and politics in organization*, 4 (3), 267-275.
- Mezzadra, Sandro (2007): Kapitalismus, Migrationen, soziale Kämpfe. Vorbemerkungen zu einer Theorie der Autonomie der Migration, in: Pieper, Marianne, Thomas Atzert, Serhat Karakayali & Vassilis Tsianos (Hg.) *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 179-193.
- Miller, Clark (2001): Hybrid Management: Boundary Organizations, Science Policy, and Environmental Governance in the Climate Regime, in: *Science, Technology & Human Values*, 26 (4), 478-500.
- Mimura, Nobuo, Leonard Nurse, Roger McLean, John Agard, Lino Briguglio, Penehuro Lefale, Rolph Payet & Graham Sem (2007): Chapter 16: Small Islands, in: Parry, Martin L., Osvaldo F. Canziani, Jean P. Palutikof, Paul J. van der Linden & Clair E. Hanson (Hg.) *Climate Change 2007: Working Group II: Impacts, Adaptation and Vulnerability*. Cambridge, UK: Cambridge University Press,
- Moulier Boutang, Yann (2007): Europa, Autonomie der Migration, Biopolitik, in: Pieper, Marianne, Thomas Atzert, Serhat Karakayali & Vassilis Tsianos (Hg.) *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 169-178.
- Myers, Norman (1997): Environmental Refugees, in: *Population & Environment*, 19 (2), 167-182.
- Myers, Norman (2002): Environmental refugees: a growing phenomenon of the 21st century, in: *Philosophical Transactions of the Royal Society of London. Series B: Biological Sciences*, 357 (1420), 609-613.
- Nair, Suchit (2008): Tiny atoll in Pacific cries out for help, in: *Times of India*, 6. Juni 2008.
- Newland, Kathleen (2011): *Climate change and migration dynamics. Improving US and EU Immigration Systems*. Washington D.C.: Migration Policy Institute.
- Nicholson, Calum T.M. (2011): Is the „Environmental Migration“ Nexus an Analytically Meaningful Subject for Research? *COMCAD Working Paper*. COMCAD - Center on Migration, Citizenship and Development, Bielefeld.
- OECD (2009): *Integrating Climate Change Adaptation into Development Co-operation*. Paris: OECD Publishing.
- Oels, Angela (2010): Saving "climate refugees" as bare life? A theory-based critique of refugee status for climate-induced migrants. Paper prepared for the ESF-ZiF-Bielefeld Conference on "Environmental Degradation and Conflict: From Vulnerabilities to Capabilities", 5-9th December 2010, Bad Salzuffen, Germany.
- Parks, Bradley C. & J. Timmons Roberts (2010): Climate Change, Social Theory and Justice, in: *Theory, Culture & Society*, 27 (2-3), 134-166.
- Poloni, Verena (2009): Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) als boundary organization, in: Halfmann, Jost & Falk Schützenmeister (Hg.) *Organisationen der Forschung. Der Fall der Atmosphärenwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 250-271.
- Rahmstorf, Stefan (2010): New View on Sea Level Rise, in: *Nature Reports Climate Change*, 4 (April 2010).
- Risse, Mathias (2009): The right to relocation: disappearing island nations and common ownership of the earth, in: *Ethics & International Affairs*, 23 (3), 281-300.

- Rouviere, C., T. Williams, R. Ball, Y. Shinyak, J. Topping, S. Nishioka, M. Ando & T. Okita (1990): Human settlement; the energy, transport and industrial sectors; human health; air quality; and changes in ultraviolet-B radiation. In: Tegart, W.J. McG., G.W. Sheldon & D.C. Griffiths (Hrsg.) *Climate Change - Working Group II: Impacts Assessment of Climate Change*. Canberra: Australian Government Publishing Service, 5-i - 5-45.
- Rudiak-Gould, Peter (2011): Climate change and anthropology: The importance of reception studies, in: *Anthropology Today*, 27, 9-12.
- Schmedding, Tessa (2011): *Environmental Migration: A Global issue under European Union Leadership?* Master Thesis, Academy of Nice.
- Somerville, Will (2011): Environmental migration governance: debate in the European Union, in: *Policy development review (PD17) for the Foresight Project "Migration and Global Environmental Change"*. London: Foresight.
- Storey, Donovan & Shawn Hunter (2010): Kiribati: an environmental „perfect storm“, in: *Australian Geographer*, 41, 167-181.
- Tanner, Thomas & Jeremy Allouche (2011): Towards a New Political Economy of Climate Change and Development, in: *IDS Bulletin*, 42 (3), 1-14.
- The Greens/EFA Group (2008): *Declaration on climate migrations*. Brussels. URL: http://archive.greens-efa.eu/cms/default/dokbin/251/251416.declaration_on_climate_migrations@en.pdf [Aufgerufen am 23.02. 2012].
- Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.) (2007): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld: transcript Verlag.
- Tsianos, Vassilios (2007): *Imperceptible politics. Rethinking radical politics of migration and precarity today*. Dissertation, Universität Hamburg.
- Tsing, Anna Lowenhaupt (2005): *Friction: An ethnography of global connection*. Princeton, USA: Princeton University Press.
- von Benda-Beckmann, Franz, Keebet von Benda-Beckmann, Anne Griffiths (2005): Mobile People, Mobile Law: An Introduction, in: von Benda-Beckmann, Franz, Keebet von Benda-Beckmann, Anne Griffiths (Hg.) *Mobile People, Mobile Law: Expanding Legal Relations in a Contracting World*, Aldershot, 1-25.
- von Benda-Beckmann, Franz & Keebet von Benda-Beckmann (2006): Dynamics of plural legal orders, in: *The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law*, /2006 (Special double Issue Nrs. 53-54).
- Welzer, Harald (2008): *Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird*. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.
- Westra, Laura (2009): *Environmental justice and the rights of ecological refugees*. London: Earthscan.
- Zerilli, Filippo M. (2010): The rule of soft law: An introduction, in: *Focaal*, 2010 3-18.